

Verordnung betreffend die Pflichtlektionenzahl und die Lektionenzuteilung der Lehrpersonen an den vom Kanton geführten Schulen

Änderung vom [Datum]

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt,

unter Verweis auf seine Erläuterungen Nr. [P-Nr. eingeben], auf Antrag des Erziehungsrats,

beschliesst:

I.

Verordnung betreffend die Pflichtlektionenzahl und die Lektionenzuteilung der Lehrpersonen an den vom Kanton geführten Schulen vom 13. Januar 2004 ¹⁾ (Stand 1. Januar 2016) wird wie folgt geändert:

Titel (geändert)

Verordnung betreffend die Pflichtlektionenzahl und die Lektionenzuteilung der Lehrpersonen an den vom Kanton geführten Schulen (Pflichtlektionenverordnung, PLV)

§ 1 Abs. 1 (geändert)

¹ Diese Verordnung gilt für unbefristet angestellte Lehrpersonen an den vom Kanton geführten Schulen.

§ 3 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert)

Abweichung vom Beschäftigungsgrad (Überschrift geändert)

¹ Die Lehrpersonen haben Anspruch auf den vertraglich festgelegten Beschäftigungsgrad. Sie können von der Schulleitung aus betrieblichen Gründen vorübergehend dazu verpflichtet werden, Lektionenzuteilungen zu übernehmen, die maximal um $\pm 2\frac{2}{3}$ (Kindergarten, Primarschule) bzw. ± 2 (übrige Schulen) Jahreslektionen vom vertraglich festgelegten Beschäftigungsgrad abweichen.

² Die dadurch entstandenen Minus- oder Überstunden sind pro Lehrperson einem durch die Schulleitung zu führenden Jahreslektionenkonto zu verbuchen.

§ 4 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (aufgehoben)

Lohn und Vertragsanpassung bei Abweichung vom Beschäftigungsgrad (Überschrift geändert)

¹ *Aufgehoben.*

² Wird die Abweichung nach § 3 Abs. 1 über das Lektionenkonto verbucht, ist sie ohne Anpassung des vertraglich festgelegten Beschäftigungsgrades möglich.

³ Soll vom vertraglich festgehaltenen Lohn abgewichen werden, so bedarf die Lektionenerhöhung oder -senkung einer Anpassung des vertraglich festgelegten Beschäftigungsgrades.

⁴ Während maximal zwei Jahren darf die Abweichung vom vertraglich festgehaltenen Lohn mit einem befristeten Zusatzvertrag erfolgen.

⁵ *Aufgehoben.*

§ 4^{bis} (neu)

Stellvertretungen

¹⁾ SG [411.500](#)

¹ Bei einer Stellvertretung von bis zu vier Wochen kann die Lehrperson sich wahlweise die zusätzlichen Lektionen als Einzelektionen gutschreiben oder ausbezahlen lassen. Die Gutschrift auf das Einzelektionenkonto erfolgt zu 85 % des regulären Zeitwerts pro Lektion und die Auszahlung zu einem Ansatz von 85 % des regulären Lohns, wobei die Pflichtlektionenzahl sich nach der Stufe richtet, an der unterrichtet wird.

² Bei einer Stellvertretung ab vier Wochen ist ein befristeter Zusatzvertrag abzuschliessen.

§ 5 Abs. 1 (geändert), Abs. 2 (geändert), Abs. 3 (neu)

¹ Die Lektionenkonten werden als Jahres- und Einzelektionenkonten geführt.

² 40 Einzelektionen entsprechen einer Jahreslektion.

³ Sind auf dem Lektionenkonto am Ende des Kalenderjahres mehr als 50 Einzelektionen, werden die darüber hinausgehenden Einzelektionen automatisch in Jahreslektionen umgewandelt.

§ 6 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 3^{bis} (neu), Abs. 4 (aufgehoben)

¹ Der Saldo des Jahreslektionenkontos darf am Ende des Schuljahres den vertraglich festgelegten Beschäftigungsgrad um maximal 20 % über- oder maximal 10 % unterschreiten.

³ Überschreitet der Saldo am Ende des Schuljahres den maximal zulässigen Positivsaldo gemäss Abs. 1, sind die zu hohen Lektionenguthaben auszusahlen. Unterschreitet der Saldo am Ende des Schuljahres den maximal zulässigen Negativsaldo gemäss Abs. 1, ist dies im folgenden Schuljahr auszugleichen oder auf Antrag der Lehrperson mit dem Lohnanspruch zu verrechnen.

^{3bis} In begründeten Ausnahmefällen kann die Schulleitung mit einer Lehrperson schriftlich vereinbaren, dass der zulässige Saldo gemäss Abs. 1 über- oder unterschritten wird. In der Vereinbarung sind ein Zeitplan und die Modalitäten für den Abbau auf den maximal zulässigen Positivsaldo oder den Aufbau auf den maximal zulässigen Negativsaldo festzulegen.

⁴ *Aufgehoben.*

§ 8 Abs. 1 (geändert), Abs. 3 (geändert), Abs. 4 (geändert), Abs. 5 (geändert), Abs. 6 (aufgehoben)

Umgang mit Minus- und Überstunden aus dem Jahreslektionenkonto (Überschrift geändert)

¹ Eine Auszahlung von Überstunden aus dem Jahreslektionenkonto auf Antrag einer Lehrperson ist nur gestattet, wenn die Auszahlung den Interessen der Schule nicht zuwiderläuft.

³ Falls eine Lehrperson aus dem Schuldienst tritt und das Jahreslektionenkonto einen Minusstand aufweist, hat sie den zu viel bezogenen Lohn grundsätzlich zurückzuerstatten. Zu viel bezogener Lohn ist dann nicht rückerstattungspflichtig, wenn der Minusstand von der Schulleitung verfügt worden ist.

⁴ Falls eine Lehrperson aus dem Schuldienst tritt und das Jahreslektionenkonto einen Plusstand aufweist, wird ihr der geschuldete Lohn ausbezahlt.

⁵ Die Kompensation von Überstunden aus dem Jahreslektionenkonto durch Freizeit kann von der Schulleitung auf Antrag bewilligt werden.

⁶ *Aufgehoben.*

§ 9 Abs. 2 (aufgehoben)

² *Aufgehoben.*

§ 12 Abs. 1 (aufgehoben), Abs. 2 (neu), Abs. 3 (neu), Abs. 4 (neu)

¹ *Aufgehoben.*

² § 6 Abs. 3 und 3^{bis} treten nach einer Übergangsfrist von fünf Jahren am 1. August 2031 in Kraft.

³ Für Lehrpersonen, die vor der Aufhebung von § 9 Abs. 2 eine Altersentlastung erhalten und danach ihren Beschäftigungsgrad angepasst haben, bleibt der bisherige Umfang des Anspruchs auf Altersentlastung bestehen.

⁴ Bei einer weiteren Anpassung des Beschäftigungsgrads nach Aufhebung von § 9 Abs. 2 wird der Anspruch auf Altersentlastung neu beurteilt.

II. Änderung anderer Erlasse

Keine Änderung anderer Erlasse.

III. Aufhebung anderer Erlasse

Keine Aufhebung anderer Erlasse.

IV. Schlussbestimmung

Diese Änderung ist zu publizieren; sie tritt mit Ausnahme von § 6 Abs 3 und 3^{bis} am 1. August 2026 in Kraft. § 6 Abs 3 und 3^{bis} tritt am 1. August 2031 in Kraft.

Im Namen des Regierungsrates

Regierungspräsident: Dr. Conradin Cramer

Staatsschreiberin: Barbara Schüpbach-Guggenbühl

